Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4042

11. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuß)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Schoppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1427 –

Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO-Forum) auf der VN-Weltfrauenkonferenz in Peking

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Edith Niehuis, Christel Hanewinckel, Friedrich Julius Beucher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/1441 –

Vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen vom 4. bis 15. September 1995 in Peking

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Schoppe, Rita Grießhaber, Irmingard Schewe-Gerigk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/1551 –

Menschenrechte und Demokratie für Frauen verwirklichen

A. Problem

Vom 4. bis 15. September 1995 fand unter dem Motto „Aktion für Gleichheit, Entwicklung und Frieden" die Vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking statt. Parallel zur Weltfrauenkonferenz tagten die Nichtregierungsorganisationen (NGO) in der 50 Kilometer von Peking entfernten Stadt Huairou.

Die Themen Armut von Frauen, Ausbildung, Gesundheit und Gewalt gegen Frauen bildeten den zentralen Gegenstand der Konferenz.

Nach wie vor sind Frauen rechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Benachteiligungen ausgesetzt. Die Verbesserung der Situation der Frau ist Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Gewährleistung der Menschenrechte.

B. Lösung

Vorlage eines Berichts der Bundesregierung über die Vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, in dem sie auch die Strategien und Ziele des Nachbereitungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland darlegt. Dementsprechend werden die Anträge auf den Drucksachen 13/1441 und 13/1551 durch einen gemeinsamen Änderungsantrag der vier Fraktionen zu einer Ausschußempfehlung zusammengeführt. Der Antrag auf Drucksache 13/1427 wird für erledigt erklärt.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme der einzelnen Anträge auf Drucksache 13/1427 oder auf Drucksache 13/1441 oder auf Drucksache 13/1551.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Anträge auf den Drucksachen 13/1441 und 13/1551 in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

   Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Weltfrauenkonferenz zu geben sowie insbesondere Strategie und Ziele des Nachbereitungsprozesses in Deutschland darzulegen.

   Dabei ist insbesondere den Aussagen von Gertrude Mongella, Generalsekretärin der Vierten Weltfrauenkonferenz, Rechnung zu tragen, wonach bezüglich der Vierten Weltfrauenkonferenz der Vorbereitungsprozeß, die Vierte Weltfrauenkonferenz selbst, ihre Ergebnisse sowie der Nachbereitungsprozeß von großer Bedeutung sind;

2. den Antrag auf Drucksache 13/1427 für erledigt zu erklären.

Bonn, den 8. März 1996

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Edith Niehuis
Vorsitzende

Bärbel Sothmann
Berichterstatterin

Hanna Wolf (München)
Berichterstatterin

Rita Grießhaber
Berichterstatterin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Berichterstatterin

Petra Bläss
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Bärbel Sothmann, Hanna Wolf (München), Rita Grießhaber, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Petra Bläss

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 47. Sitzung am 29. Juni 1995 die Anträge auf den Drucksachen 13/1427, 13/1441 und 13/1551 dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung dem Auswärtigen Ausschuß, dem Innenausschuß und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der mitberatende Auswärtige Ausschuß hat in seiner 23. Sitzung am 27. September 1995 die Anträge auf den Drucksachen 13/1427, 13/1441 beraten und einstimmig empfohlen, die Vorlagen für erledigt zu erklären.

Er hat ferner in der 27. Sitzung am 22. November 1995 bei Abwesenheit der Gruppe der PDS einstimmig beschlossen, den Antrag auf Drucksache 13/1551 für erledigt zu erklären.

Der Innenausschuß hat in seiner Sitzung am 20. September 1995 empfohlen, den Antrag auf Drucksache 13/1427 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen eine Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen für erledigt zu erklären.

Er hat zugleich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Vorlage auf Drucksache 13/1441 abzulehnen.

Darüber hinaus betrachtete der Innenausschuß in seiner Sitzung am 17. Januar 1996 den Antrag auf Drucksache 13/1551 einstimmig mit der Maßgabe als erledigt, daß einzelne Punkte dieser Vorlage, die übereinstimmend von den Berichterstattern im einzelnen unterschiedlich akzentuiert wurden, einer vertiefenden Begleitung bedürfen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 1995 die Vorlagen auf den Drucksachen 13/1427, 13/1441 und 13/1551 beraten und empfohlen, die obigen Anträge aus entwicklungspolitischer Sicht unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 29. Juni 1995 zu den Drucksachen 13/1836 und 13/1837 für erledigt zu erklären.

Der federführende Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schloß die Beratungen der Anträge in seiner 28. Sitzung am 6. März 1996 ab.

Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 13/1427 zu empfehlen.

Die Anträge auf den Drucksachen 13/1441 und 13/1551 wurden aufgrund eines von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. eingebrachten Änderungsantrages zu einer Ausschußfassung zusammengeführt.

Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Annahme der Anträge auf den Drucksachen 13/1441 und 13/1551 in der Fassung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. eingebrachten Änderungsantrags zu empfehlen.

Dagegen lehnte er den Antrag der Gruppe der PDS, der eine Erweiterung des Änderungsantrags durch eine ausdrückliche Bezugnahme zur Pekinger Aktionsplattform beinhaltete, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei einigen Enthaltungen aus der Fraktion der SPD, ab.

II.

Bei den Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bestand Einigkeit, daß die in der Aktionsplattform in Peking aufgenommenen Zielsetzungen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene verfolgt, nachbereitet und umgesetzt werden sollten. Sie verständigten sich deshalb auf den gemeinsamen Änderungsantrag, mit dem die Bundesregierung gebeten wird, einen entsprechenden Bericht insbesondere zu den Strategien und Zielen des Nachbereitungsprozesses in Deutschland darzulegen.

Die Fraktion der CDU/CSU stellte die Bedeutung des Nachbereitungsprozesses heraus und wies in diesem Zusammenhang auf die nationale Nachbereitungskonferenz zur Vierten Weltfrauenkonferenz hin, die vornehmlich das Thema „Gewalt gegen Frauen" zum Gegenstand habe. Weitere Schwerpunkte seien die Arbeitslosigkeit von Frauen, die Förderung von Frauen im Beruf und der gleichberechtigten Teilhabe in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen. Daneben seien auch die Überprüfung der Einkommens- und Sozialversicherungssysteme sowie die Förderung der Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen in den Themenkatalog der geplanten Konferenz aufgenommen worden.

Die von der Gruppe der PDS gewünschte Erweiterung des Änderungsantrages lehnte die Fraktion der CDU/CSU ab, da die Aktionsplattform bereits für die einzelnen Nationen verbindlich sei.

Die Fraktion der SPD begrüßte den gemeinsamen Vorschlag und unterstrich, daß die Umsetzung der in Peking verabschiedeten Aktionsplattform vielfältige

Aufgaben nach sich ziehe. Nach ihrer Auffassung müsse die Bundesregierung deshalb alle Möglichkeiten nutzen, um auf internationaler Ebene die Zusammenarbeit mit den Regierungen zu forcieren. Auf nationaler Ebene sehe sie bei der Alterssicherung der Frauen, dem Thema „Gewalt gegen Frauen" und der Situation von Ausländerinnen noch großen Handlungsbedarf.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte bei den Beratungen klar, daß der Titel ihres ursprünglichen Antrags ein Hauptschwerpunkt der Vierten Weltfrauenkonferenz gewesen sei. So hätten viele Foren die Notwendigkeit der Beteiligung von Frauen am demokratischen Prozeß hervorgehoben. Die Fraktion hob ferner hervor, daß die Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen verstärkt vorangetrieben werden müsse. Es gehe vor allen Dingen darum, die Entscheidungsträger der Gesellschaft in Prozesse einzubeziehen. Nach ihrer Auffassung bedürfe es zudem entsprechender Verbesserungen der Situation der Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen und einer Auseinandersetzung mit dem Thema „Frauen und Ökologie". Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, damit nicht noch mehr Frauen und Familien in Armut gestürzt würden.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich den Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU an und wies darauf hin, daß die Bundesregierung durch die Aktionsplattform von Peking gehalten sei, Strategien zu entwickeln, Vorschläge zu unterbreiten und zur Umsetzung beizutragen. Sie hielt deshalb die getroffene interfraktionelle Verständigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den richtigen Weg der Unterstützung der Nachbereitungsphasen der Konferenz.

Die Gruppe der PDS kritisierte, daß die Bundesregierung nach Abschluß der Weltfrauenkonferenz vor dem Parlament keine Regierungserklärung abgegeben habe. Auch sei die Berichterstattung von Regierungsseite gegenüber dem zuständigen Ausschuß und dem Parlament im Vorfeld der Weltfrauenkonferenz nicht ausreichend gewesen. Sie betonte allerdings, daß sie den interfraktionellen Antrag unterstützen werde, jedoch eine Verstärkung des Antrags durch eine direkte Bezugnahme auf die Aktionsplattform für notwendig erachte. Die Bundesregierung habe sich insbesondere im letzten Teil des Dokumentes zur speziellen Umsetzung im finanziellen und organisatorischen Bereich verpflichtet. Dort seien konkrete Zeitmaßstäbe benannt worden, die bereits – soweit sie das Jahresende 1995 beträfen – nicht eingehalten worden wären.

Bonn, den 8. März 1996

Bärbel Sothmann
Berichterstatterin

Hanna Wolf (München)
Berichterstatterin

Rita Grießhaber
Berichterstatterin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Berichterstatterin

Petra Bläss
Berichterstatterin



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333